

PROTOKOLL ZUR 1. SITZUNG DES MEDIATIONSFORUMS „ZUKUNFT LANDWEHRKANAL“

Datum: 19.11.2007
Beginn: 15.00 Uhr
Ende: 20.30 Uhr
Ort: Tautsaal, Deutsches Architektur Zentrum DAZ
Köpenicker Str. 48/49, 10179 Berlin

Mediatoren: Beate Voskamp & Stefan Kessen

Protokoll: Ursula Rodarius & Julia Florian

Teilnehmer/innen an der 1. Sitzung des Mediationsforums:
Liste siehe Anlage

Eingehaltene Tagesordnung (vgl. Vorschlag einer Tagesordnung):

1. Eröffnung, Begrüßung, Vorstellung
2. Beschluss über die Tagesordnung
3. Kurzübersicht
 - 3.1 Struktur und Ablauf des Mediationsverfahrens
 - 3.2 Aufgaben des Mediationsforums
 - 3.3 Zeitabläufe
4. Zusammensetzung des Forums
5. Bearbeitung aktueller Themen
 - 5.1 Pflegemaßnahmen am Kanal
6. Terminvereinbarung
7. Verabschiedung

1. Eröffnung, Begrüßung, Vorstellung

Frau Voskamp und Herr Kessen begrüßten alle Anwesenden zur ersten Sitzung des Mediationsforums „Zukunft Landwehrkanal“. Sie dankten allen Anwesenden für ihr Kommen und das damit verbundene Zeichen des hohen Engagements für die Klärung der anstehenden Fragestellungen. Zum Einstieg verwiesen die Mediatoren mit einer kleinen Geschichte auf ein Ziel von Mediation: nämlich die unterschiedlichen Perspektiven aller Teilnehmer/innen zu erkennen, zu verstehen und eine gemeinsame Lösung zu ermöglichen.

Anschließend stellten sich die Anwesenden kurz mit ihrem Namen vor und welche Institution sie im Rahmen des Mediationsforums vertreten. Dabei wurde sichtbar, dass viele mit der Mediation die Hoffnung verbinden, dass gemeinsam gute Lösungen gefunden werden können.

2. Beschluss über die Tagesordnung

Von mehreren Teilnehmern/innen, unter anderem von Frau Fortwengel, Frau Guttzeit, von Herrn Kittelmann und Herrn Scharz wurde vorgeschlagen, den Tagesordnungspunkt „Arbeitsbündnis und Vereinbarung über den Umgang miteinander“ auf die nächste Sitzung zu verschieben, da viele Beteiligte den vorab per Email geschickten Entwurf erst kurz zuvor erhalten oder bis zur Sitzung gar nicht bekommen hatten und ihn somit noch nicht lesen konnten. Herr Scharz regte in diesem Zusammenhang an, das Arbeitsbündnis in einem Arbeitskreis mit Juristen erarbeiten zu lassen. Diesem Ansinnen wurde von mehreren Seiten widersprochen, da es sich hierbei nicht um einen Vertrag handeln würde, sondern um ein Bündnis wie die Beteiligten in der Mediation gemeinsam miteinander arbeiten wollen.

Weiterhin wurde angeregt, zuerst die Mitglieder des Forums zu ermitteln, bevor in einem zweiten Schritt deren Umgang miteinander besprochen werden sollte.

Diese Vorschläge wurden von allen Anwesenden angenommen.

Mehrere Wortmeldungen ließen erkennen, dass bei einigen Teilnehmer/innen noch Unklarheiten bestehen hinsichtlich der Stellung der Mediation in bezug auf ein eventuelles späteres Planfeststellungsverfahren.

Herr Hildebrandt erläuterte zunächst den dreigliedrigen Aufbau (Ministerium, Mittelbehörde, Ortsinstanzen) der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung. Das WSA Berlin sei bezüglich des Landwehrkanals Vorhabensträger und somit Antragsteller eines eventuellen Planfeststellungsverfahrens. Die Planfeststellungsbehörde bei der WSD würde den Antrag prüfen.

Ziel der Mediation ist in diesem Fall, potenzielle Einwände im Vorhinein zu besprechen und bereits vor Einleitung eines Planfeststellungsverfahrens eine Lösung zu finden, die von allen Beteiligten getragen wird. Somit sollen Voraussetzungen für einen reibungslosen Verfahrensverlauf geschaffen werden. Dennoch kann das mögliche Problem, dass ein Dritter, der nicht am Mediationsverfahren beteiligt ist, im Planfeststellungsverfahren Einwände äußern kann, durch ein Mediationsverfahren nicht beseitigt werden. Hier ergänzte Herr Kessen, dass es somit auch Aufgabe der Mediation sei, möglichst alle relevanten Interessen in das Verfahren einzubinden.

Obwohl alle inhaltlichen Beschlüsse im Mediationsverfahren einvernehmlich getroffen werden müssen, wies Frau Kalytta darauf hin, dass ein einvernehmliches Ergebnis in der Mediation von der Planfeststellungsbehörde verändert werden könnte, da diese weisungsfrei und unabhängig sei und bleiben müsse. Angesichts der Vielfalt der im Forum vertretenen Positionen und Interessen sei diese Überlegung allerdings sehr theoretisch. Herr Bergfelder schlug vor, eventuelle gravierende Einwände im Planfeststellungsverfahren in die Mediation zurückzukoppeln.

Es wurde diskutiert, ob nicht angesichts möglicher Einwendungen in einem späteren Planfeststellungsverfahren alle Träger öffentlicher Belange im Forum anwesend sein sollten. Frau Kalytta wand ein, dass dann die Runde zu groß würde, wenn alle Träger öffentlicher Belange anwesend seien. Deswegen sollte die Anzahl

der Teilnehmer/innen beschränkt werden. Frau Kalytta unterbreitete dem Forum das Angebot, bis zur nächsten Forumssitzung eine Liste der Träger öffentlicher Belange zu besorgen, die dann in einem möglichen Planfeststellungsverfahren zu beteiligen wären.

Herr Appel äußerte den Wunsch, dass auch ein Vertreter des Verkehrsministeriums im Mediationsforum anwesend sein sollte. Herr Hildebrandt und Frau Kalytta erläuterten, dass sie das Verkehrsministerium über die neuesten Ergebnisse und den Fortgang des Mediationsverfahrens auf dem Laufenden halten würden und dass somit gewährleistet sei, dass das Verkehrsministerium immer auch auf dem aktuellen Stand der Mediation sei (und umgekehrt). Sie sicherten zu, den Wunsch des Forums nach Teilnahme des Verkehrsministeriums dort nochmals vorzutragen und sich für eine entsprechende Anwesenheit eines geeigneten Vertreters einzusetzen.

Die Planfeststellungsbehörde selber muss sich aus dem Mediationsverfahren heraushalten, da das Planfeststellungsverfahren vollkommen uneingekommen und unabhängig stattfinden muss, um nicht von vornherein anfechtbar zu sein. Herr Kessen verwies in diesem Zusammenhang auf die Möglichkeit eines Sonderstatus für die Teilnehmer/innen jener Behörden, die in späteren Verwaltungsverfahren über die Anträge des Vorhabenträgers zu befinden haben. So könnten sie dauerhaft an der Mediation teilnehmen und auch für wichtige Informationen (z.B. über Abläufe und Zeiten) zur Verfügung stehen, seien allerdings befreit von jedweder präjudizierenden Äußerung. Diese Möglichkeit wurde von Herrn Hildebrandt verneint.

Auf Wunsch des Forums wird sich Herr Hildebrandt um eine/n Vertreter/in aus der Planfeststellungsbehörde bemühen, die / der in der 2. Forumssitzung über Ablauf und Rahmenbedingungen eines möglichen Planfeststellungsverfahrens und dessen Verhältnis zur Mediation im Forum berichten wird.

Hinsichtlich der Frage nach der Verbindlichkeit der Ergebnisse der Mediation erläuterten Frau Voskamp und Herr Kessen, dass die Beteiligten selber den Grad der Verbindlichkeit eines Ergebnisses beschließen können. So stehen am Ende einer Mediation oftmals auch rechtlich bindende Verträge (z.B. mit dem Inhalt, dass das gefundene Ergebnis der Mediation 1:1 in ein Planfeststellungsverfahren eingehen soll).

Generell forderten mehrere Anwohner/innen als betroffene Bürger vertrauensbildende Maßnahmen seitens des WSA und eine transparente Vorgehensweise des Amtes. In diesem Zusammenhang erläuterte Herr Hildebrandt zunächst die personelle Veränderung auf der Position des Amtleiters des WSA. Anschließend stellte sich Frau Kalytta als neue Amtsleiterin vor und erläuterte, dass die Entscheidungen des WSA nicht von einzelnen Personen abhängen würden. Sie betonte zudem ihren Einsatz für eine gute Kommunikation zwischen dem WSA und allen von Maßnahmen betroffenen Bürger/innen und dass sie entsprechende Hoffnungen in die Mediation setze.

Die Tagesordnung wurde daraufhin ohne weitere Einwände beschlossen.

3. Kurzübersicht

3.1 Struktur und Ablauf des Mediationsverfahrens

3.2 Aufgaben des Mediationsforums

3.3 Zeitabläufe

Frau Voskamp erläuterte zunächst die Struktur und den Ablauf eines Mediationsverfahrens:

Die Mediation ist ein Konsensfindungsverfahren. Entscheidungen werden von allen Teilnehmer/innen einvernehmlich getroffen. Außerdem findet es auf freiwilliger Basis statt. Die Mediation läuft in klaren Strukturen und Phasen ab, doch ist es kein formalisiertes Verfahren, sondern ist flexibel hinsichtlich der Interessen und Bedürfnisse der Beteiligten.

Zentrales Gremium ist das Mediationsforum. Dieses Forum protokolliert alle einvernehmlich gefassten Beschlüsse. Die Mediatoren unterstützen das Forum hierbei, um gemeinsame Lösungen zu finden.

Zusätzlich können vom Forum Arbeitskreise zu bestimmten Themen eingerichtet werden. Die Ergebnisse der Arbeitskreise werden anschließend wieder im Forum diskutiert und beschlossen. Es kommt also zu einer Beziehung zwischen Forum und Arbeitskreisen, die durch Auftrag und Rückmeldung gekennzeichnet ist. Mitglieder der Arbeitsgruppen müssen nicht unbedingt Mitglieder im Mediationsforum sein. Die Arbeitsgruppensitzungen werden ebenfalls von mindestens einer / einem Mediator/in geleitet.

Für die Teilnehmer/innen des Forums und der Arbeitskreise und für die allgemeine und interessierte Öffentlichkeit gibt es folgende Möglichkeiten, sich Informationen zum Stand des Mediationsverfahrens einzuholen:

- auf der Homepage zur Mediation: www.landwehrkanal-berlin.de,
- im „Gläsernen Büro“, welches im Wasser- und Schifffahrtsamt Berlin eingerichtet wurde. Hier werden die relevanten Unterlagen, Pläne und Gutachten bereitgestellt und können von interessierten Bürgern eingesehen werden. Alle Beteiligten können hier zudem Informationen der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen und ihre Meinung und Anregungen im Gästebuch hinterlassen. Desweiteren können Versammlungen und kleinere Besprechungen dort abgehalten werden.

Das „Gläserne Büro“ findet sich im Haus des Wasser- und Schifffahrtsamtes, Mehringdamm 129, 10965 Berlin und ist zu den Öffnungszeiten des Wasser- und Schifffahrtsamtes zugänglich (Mo-Do, 7.00-15.30 Uhr, Fr, 7-14 Uhr).

Anschließend erläuterten die Mediatoren kurz den Ablauf einer Mediation: Nach der Vorbereitungsphase wird der Konflikt in einzelne Themen aufgegliedert (Themensammlung). Nachdem geklärt wird, welche Interessen jeweils hinter den verschiedenen Themen stehen, können angepasste Lösungsideen entwickelt werden, die im weiteren Verlauf bewertet werden. Zuletzt wird eine einvernehmliche Vereinbarung getroffen.

Das Mediationsforum sollte alle drei bis vier Wochen tagen, die Arbeitskreise in

selbst festzulegender Frequenz und / oder nach Beauftragung durch das Forum.

Aus Sicht von Herrn Bergfelder sollte das WSA in allen Arbeitskreisen vertreten sein und er richtete die Frage an das Amt, ob sie dazu bereit wären. Frau Kalytta betonte ebenfalls die Notwendigkeit der Anwesenheit des WSA in allen Gremien mit Ausnahme solcher Themengebiete, die nicht das Aufgabenfeld des WSA betreffen (wie z.B. Stadtteilentwicklung).

4. Zusammensetzung des Forums

Folgende Institutionen und Gruppen waren anwesend:

- Wasser- und Schifffahrtsdirektion Ost
- Wasser- und Schifffahrtsamt Berlin
- Bezirksämter
 - Mitte
 - Neukölln
 - Charlottenburg/Wilmersdorf
 - Kreuzberg/Friedrichshain
 - Treptow/Köpenick
- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung
 - Oberste Naturschutzbehörde
 - Referat Freiraumplanung und Stadtgrün
 - Oberste Denkmalschutzbehörde
 - Landesdenkmalamt
- Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz
 - Abteilung Integrativer Umweltschutz
- Bürgerinitiative „Bäume am Landwehrkanal“
- Anwohnervertreter/-innen: Frau Guttzeit, Frau Fortwengel, Herr Dohna
- BUND Landesverband Berlin e.V.
- NABU Landesverband Berlin e.V.
- Reederverband der Berliner Personenschifffahrt
- Reederei Riedel GmbH
- Stern- und Kreis Schifffahrt GmbH
- Van Loon Fahrgastschiffe GbR
- SpreeCab GmbH
- Wirtschaftsverband Wassersport Berlin e.V.
- IHK Berlin
- Arbeitsgruppe Landwehrkanal der TU, die als Bürgervertretung handelt und nicht die TU vertritt
- Grüne Liga Berlin e.V.

Im Rahmen dieser Sammlung wurde auch mitunter die Rolle und Funktion der einzelnen Institutionen und Gruppen diskutiert und geklärt.

Auf die Frage der Mediatoren, welche Institutionen und Gruppen noch fehlen würden bzw. unbedingt im Forum vertreten sein sollten, wurden folgende genannt

und diskutiert:

- Berlin Tourismus Marketing GmbH (wurde eingeladen, war aber nicht anwesend)
- Berliner Wasserbetriebe, aufgrund von Einleitungen in den Landwehrkanal (Vorschlag von Herrn Bergfelder)
- Technische Fachhochschule Berlin (TFH); aufgrund von Fachkenntnissen soll die TFH die Kontrolle des vom Wasser- und Schifffahrtsamtes beauftragten Ingenieurbüros übernehmen (Vorschlag von Frau Kleimeier). Nach kurzer Diskussion wurde beschlossen, dass die Vertreter / innen der TFH nicht ständig anwesend sein sollten sondern als Experten zu einem entsprechenden Arbeitskreis eingeladen werden können.
- Behindertenverbände (Vorschlag von Herrn Heitmann); auch dieser Betroffenenkreis sollte in einem entsprechenden Arbeitskreis ggf. hinzugezogen werden; der Bereich, der für die Behindertenbelange bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung zuständig ist, sollte / könnte zu konkreten Fragestellungen hinzugezogen werden wie Frau Profé hervorhob.
- Abteilung Verkehr der Senatsverwaltung (Vorschlag von Herrn Hess)
- Senatsverwaltung für Wirtschaft (Vorschlag von Herrn Loch, wurde bereits eingeladen, war aber nicht anwesend)
- TIP Ruderverein (Vorschlag von Frau Fortwengel); könnte ggf. für einen entsprechenden Arbeitskreis hinzugezogen werden;
- Bundesanstalt für Gewässerkunde (Vorschlag von Herrn Appel); Vertreter / innen sollten als Experten eher in einem Arbeitskreis mitwirken.
- Vertreter des Verkehrsministeriums (Vorschlag von Frau Guttzeit); s.o. TOP 2;
- Politische Parteien (Vorschlag von Herrn Scharz). Politische Parteien sind zwar keine Betroffenen oder Entscheidungsträger, die schwerpunktmäßig den Kreis des Forums bilden, können aber trotzdem große Einflussnahme ausüben. In anschließenden Wortmeldungen haben sich viele gegen die Teilnahme von Parteien ausgesprochen, u.a. wegen Befürchtungen den Wahlkampf in die Mediation zu verlagern und die Mediation durch parteipolitische Festlegungen zu behindern. Darüber hinaus würde die Zahl der zu beteiligenden Personen enorm ansteigen, da nach Ansicht z.B. von Frau Kayser dann das gesamte politische Spektrum vertreten sein müsste. Herr Kessen unterbreitete den Verfahrensvorschlag der Mediatoren, die Vertreter/innen der politischen Parteien zunächst in einem Arbeitskreis zu integrieren.
- Arbeitnehmervertretung Verdi, Betriebsrat der Stern- und Kreis Schifffahrt GmbH (Vorschlag von Herrn Loch)
- Landes-Kanu-Verband, Landesruderverband (Vorschlag von Frau Enwaldt); wurden beide bereits eingeladen, waren aber nicht anwesend).

Zu der Teilnahme von Experten / Gutachtern traten einige Fragen hinsichtlich Finanzierung, Auswahl und Fragestellungen auf. Es wurde beschlossen, dies am nächsten Termin zu diskutieren.

Hinsichtlich der Forumsstärke äußerten die Mediatoren ihre Bedenken, dass ab einer Zahl von 35 Personen die Effektivität und Effizienz des gemeinsamen Arbeitens leiden könnte. Daher sollten im Forum nach Möglichkeit nicht mehr als 35 Personen vertreten sein.

Herrn Heitmann forderte, nicht die Bürger nach Hause zu schicken, da das

Zustandekommen dieses Mediationsverfahrens dem Engagement der Bürger zu verdanken sei und da es insbesondere auch auf Bürgerbeteiligung angelegt sei. Herr Kessen führte aus, dass bereits die Vorgespräche ergeben hätten, dass gerade in der Anwohnerschaft unterschiedliche Interessen sichtbar geworden seien, die sich nur schwer durch einige wenige Personen vertreten ließen. Dies wurde von den betroffenen Anwesenden bestätigt. Insofern bliebe die Bitte der Mediatoren um eine freiwillige Reduzierung aller Interessensgruppen in gleichem Maße bestehen, so dass die gewünschte Gruppenstärke des Mediationforums erreicht werden kann.

Folgende Beiträge erfolgten hinsichtlich der Reduzierung:

- Frau Kalepky möchte als Baustadträtin für den Bezirk Friedrichshain/Kreuzberg zwei Vertreter (Stadtrat und Fachbereichsleiter) ins Mediationforum schicken;
- das Wasser- und Schifffahrtsamt Berlin reduziert sich auf zwei Vertreter/innen;
- die Wasser- und Schifffahrtsdirektion beschränkt sich auf eine/n Vertreter/in;
- die Arbeitsgruppe Landwehrkanal (Herr Scharz) möchte mit zwei Vertreter/innen kommen, die anderen stehen für Arbeitskreise zur Verfügung.

Im Rahmen dieses Tagesordnungspunktes sprach Frau Enwaldt den Wunsch der BI an nach einem finanziellen Ausgleich für jene Personen, die ehrenamtlich an dieser Mediation teilnehmen, um die Arbeitszeitverluste dadurch etwas ausgleichen zu können.

Herr Schmohl verwies darauf, dass der Arbeitsauftrag der Träger öffentlicher Belange nicht mit dem Privatinteresse der Bürger verglichen werden kann.

Gleichwohl werde die Initiative der Bürger sehr wertgeschätzt.

Die Diskussion über einen finanziellen Ausgleich der Bürgervertreter wird bei der nächsten Sitzung verhandelt.

5. Bearbeitung aktueller Themen

5.1 Pflegemaßnahmen am Kanal

Auf Wunsch des WSA wurde dieser Tagesordnungspunkt (TOP) vorgezogen, um in Absprache mit dem Forum ggf. unmittelbar reagieren zu können.

Zunächst erläuterte Frau Kalytta, dass im allgemeinen die seitens des WSA durchzuführenden Maßnahmen hauptsächlich die Baumpflege und Baumsicherung betreffen würden und es nur selten zu Baumfällungen kommen muss. Zweimal jährlich führe das WSA eine Baumschau zur Feststellung der erforderlichen Maßnahmen durch. Hierbei werde jeweils der Baumzustand verfolgt, sowie die Notwendigkeit von Totholzentfernung und Lichtraumprofilschnitt ermittelt. Die Dokumentation werde gemeinsam mit der Bundesforstbehörde durchgeführt. Da die zulässige Jahreszeit zur Baumpflege die Vegetationsruhezeit im Winterhalbjahr sei, sollten die Maßnahmen innerhalb von 14 Tagen (d.h. bis zum 10.12.2007) begonnen werden (Beginn der Ausschreibung), um sie bis Februar 2008 beenden zu können. Die einzelnen Pflegemaßnahmen seien bereits mit der Naturschutzbehörde abgestimmt und werden bauüberwachend durch Fachleute des WSA Berlin begleitet.

Alle Maßnahmen werden über das Internet (www.wsa-b.de) und das Gläserne Büro

öffentlich bekannt gegeben werden, und alle interessierten Bürger seien aufgefordert, sich bei Fragen an das WSA zu wenden.
In den aktuellen Maßnahmen sei lediglich ein zweistämmiger Baum von der Fällung betroffen, ansonsten fänden lediglich Pflegemaßnahmen statt.

Herr Appel äußerte seine Forderung nach einer Gegenprüfung von zu fällenden, d.h. verkehrsgefährdenden Bäumen. Frau Kleimeier bot sich dem WSA Berlin als Kontaktperson zur Bürgerinitiative an in allen Fragen zu Themen der Baumpflege und Baumfällung.

Vorschlag (Frau Enwaldt): klarere öffentliche Darstellung der Maßnahme durch Schilder, welche direkt an den Bäumen auf die voraussichtliche Fällung oder Pflege hinweisen, so dass auch zufällig vorbeikommende Spaziergänger auf die Baumfällungen/-pflege aufmerksam werden.

Frau Kalytta unterbreitete das Angebot, dass sich alle interessierten Bürger mit Herrn Augsten vom WSA in Verbindung setzen könnten (030-68297913), der dann eine Besichtigung der betroffenen Bäume organisieren würde.

Auf den Vorschlag von Frau Ehlers, die Gegengutachten mit finanziellen Mitteln des Wasser- und Schifffahrtsamtes zu bezahlen, entgegnete Frau Kalytta, dass alle Gutachten, die sich auf das Sanierungsprojekt beziehen würden, z.B.

Baugrundachten, Statikgutachten oder Gutachten über die Umweltauswirkungen der Sanierungsmaßnahme vom WSA bezahlt würden, jedoch keine fachfremden und Gegengutachten, die noch zusätzlich erstellt werden müssten.

Die BI und Anwohner/innen forderten, dass das Geld, welches z.B. durch nicht zu leistende Saalmieten eingespart würde, beispielsweise für die Bezahlung externer Sachverständiger verwendet wird. Dieser Punkt wurde nicht weiter im Plenum erörtert.

Herr Dohna merkte an, dass ihm Informationen aus dem Bauministerium (BMVBS) vorlägen, die das Ergebnis des Mediationsverfahrens - bereits vor Stattfinden des 1. Forums - für Mai 2008 ankündigten. Herr Dohna fragte in die Runde, wie dies mit einem angeblich - wie von Herrn Menzel / WSD-Ost - angekündigten, völlig offenen Verfahren in Einklang zu bringen sei. Niemand der Anwesenden konnte diese Frage beantworten bzw. diese Information bestätigen.

6. Terminvereinbarung

Die nächste und 2. Sitzung des Mediationsforums „Zukunft Landwehrkanal“ wird am Montag, den 10. Dezember stattfinden. Beginn wird um 16.30 Uhr sein (mit Rücksicht auf die anderweitig berufstätigen Mitglieder/innen des Forums). Die Sitzung wird im WSA stattfinden.

Frau Kayser signalisierte, dass sie diesen Termin nicht wahrnehmen können. Sie werde sich um eine entsprechende Vertretung bemühen. Außerdem kündigte Herr Loch an, dass er sich möglicherweise vertreten lassen muss.

Die Mediatoren dankten alle Beteiligten für ihr reges Engagement und schlossen die erste Forumssitzung.

Berlin, 21.11.2007, verabschiedet am 10.12.2007